

Die Mitglieder, welche eine aussichtsvolle Kandidatur annehmen, tragen die Verantwortung betr. Urlaub und etwaiger Folgen ihrer Delegation selbst. Sie sind verpflichtet, auf Verlangen dem Wahlkomitee entsprechende Erklärungen abzugeben.

3) Spätestens bis Dienstag, den 7. Juli er. Soll sämtliche Kandidaten (Vor- und Zuname, Wohnort, Straße und Hausnummer) der Zentralstelle in Düsseldorf mitzuteilen, ebenso auch die Vorlage der einzelnen Ortsgruppen für die Kandidatenliste, falls eine Einigung über gemeinsame Kandidaten nicht erzielt worden ist. Deutlich muss bei allen diesen Vorschlägen angegeben werden, wer als Delegierter und wer als Erzähler vorgeschlagen wird. Vorschläge, welche erst nach dem 7. Juli eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

4) Die Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf wird für jeden Wahlbezirk besondere Stimmzettel herstellen lassen und dieselben mit den Zeichnungen den einzelnen Ortsgruppen zustellen. Jedem Mitglied wird durch den Vertrauensmann (Förbster, Sammler) ein Stimmzettel übergeben.

5) Die Wahl erfolgt im ganzen Verbande in den Tagen von Freitag, den 24. bis einschließlich Montag, den 27. Juli er. Der Wahlkant kann auf verschiedene Weise vollzogen werden: entweder ist in der Ortsgruppe (Ortsstelle) ein Wahllokal — in größeren Ortsgruppen nach Bedarf mehrere — in einer Wirtschaft oder auch einem Privathause zu errichten, wo die Wahlen gefärbt werden. Der Vorstand muss in diesem Falle das Wahllokal den Mitgliedern rechtzeitig bekannt geben, ebenso auch die bestimmten Wahlkunden. Für jedes Wahllokal muss eine kleine Kommission vom Vorstand bestimmt werden, welche die Stimmzettel entgegen nimmt.

Ober: Die Stimmzettel werden seitens der Vertrauensleute bei den Mitgliedern während der oben angegebenen Wahlzeit abgeholt. Falls dieser Wahlmodus gehandhabt wird, müssen den Mitgliedern vorher gleichartige Kopien von der Ortsgruppe geliefert werden, damit die Mitglieder in der Lage sind, ihren Stimmzettel in geschlossenem Konsert abzufertigen. Auf jeden Fall muss der geheime Charakter der Wahl gewahrt werden.

Den Wahlmodus bestimmt der Ortsgruppenbezirk, Zahlstellenvorstand, jedoch mögen die Wahlkomitees für jeden Wahlbezirk auf ein einheitliches Vorgehen hinweisen.

6) Bei der Wahl müssen die Mitglieder ihr Antrittungsbuch als Legitimation vorzeigen. Das Buch muss bezüglich der Beitragsmarken in Ordnung sein. Die Wahlkommission bzw. der Vertrauensmann trägt die Namen derjenigen Mitglieder, welche ihre Stimme abgegeben haben, in eine Liste ein und macht außerdem auf der ersten Innenseite des Buches Mitgliedsbücher durch Stempel oder Unterschrift einen besonderen Vermerk. Auf diese Weise soll Doppelwahlbeteiligung und sonstiger Missbrauch ausgeschlossen werden.

Jedes Mitglied kann für zwei Delegierte und Erzähler stimmen, als für den best. 1 Delegierten und 1 Erzähler oder für 2 Delegierte und 2 Erzähler oder für 3 Delegierte und 3 Erzähler oder für 4 Delegierte und 4 Erzähler.

Sollte auf einem Stimmzettel mehr Kandidaten verzeichnet sind, als Delegierte bzw. Erzähler gewählt werden können, müssen die Namen der überzähligen Kandidaten, welche nicht gewählt werden sollen, durchstrichen werden, sobald auf jedem Stimmzettel nur die zulässige Anzahl Delegierten bzw. Erzählerdienste frei zu stehen — also nicht durchstrichen ist.

Stimmzettel, welche dieser Vorschrift nicht genügen, also Zweifel zulassen, sind ungültig. Die

Wahlkommissionen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Wahl vollkommen geheim durchgeführt wird.

8) Sofort nach beendeter Wahl sind die Stimmzettel an den Vorsitzenden des Wahlbezirkskomitees einzuführen. Das Wahlkomitee muss dann baldmöglichst befußt feststellung des Wahlresultats (Zählung der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen) zusammentreten. Das Wahlbezirkskomitee soll ferner das Resultat der Wahl, d. h. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und die Zahl der aus die einzelnen Kandidaten gefallenen Stimmen umgehend, spätestens jedoch bis 4. August er. der Zentralstelle in Düsseldorf mitteilen. Die abgegebenen Stimmzettel sind vom Bezirkswahlkomitee vorläufig aufzubewahren.

9) Für die Wahl der Delegierten ist absolute Stimmenheit, d. h. mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirk abgegebenen Stimmen erforderlich. Wird dieses Resultat im ersten Wahlgange nicht erreicht, so findet am 16. August eine Stichwahl zwischen denjenigen zwei Kandidaten statt, welche vorher die meisten Stimmen erhalten haben. Für die Wahl der Erzähler genügt einfache Stimmenmehrheit.

10) Wahlberechtigt sind sämtliche Verbandsmitglieder, welche die vollen Wochenbeiträge entrichten; der Wochenbeitrag von 8 Pf. (Invaliden und Ehefrauen) berechtigt nicht zur Wahl. Wähler ist nur großjährige (über 21 Jahre alte) Verbandskollegen und Kolleginnen.

Auf die nachfolgende statutarische Bestimmung sei noch besonders hingewiesen:

"Die freigestellten Bezirksvorsitzenden können mit beratender Stimme an den Handlungen der Generalversammlung teilnehmen, sofern sie nicht durch Wahl delegiert sind."

11) Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens 2. August er. beim Unterzeichneten eingegeben sein.

Mit Collegalem Gruss!
Der Centralvorstand.
J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Die Gewerbeaufsicht in Preußen.

Berichtsjahr 1907.

II.

Auch bei einer oberflächlichen Untersuchung sind die Mängel leicht anzufinden, die unserer Gewerbeinspektion — nicht allein der preußischen — noch anhaften. Sie in unseren Artikeln alle aufzuzählen, geht nicht an. Diesbezügliche Wünsche der Arbeiter und Freunde einer gebundenen Sozialreform sind in unserem Organ verhältnismäßig hervorgehoben worden, sodass sich dieses Mal eine Befreiung der selben auch erübrigkt. Doch kann man nicht umhin, einen, wohl den Hauptmangel an der deutschen Gewerbeaufsicht immer wieder zu betonen, weil er sich dem Leser der Inspektionsberichte immer wieder hinzupackt: Zur Durchführung der Gewerbeaufsicht sind in preußischen Bundesstaaten zu wenig Beamte tätig. Der eine Erfahrungssatz hat sich im gewerkschaftlichen Leben immer als richtig erprobt: Soll ein Gebiet grundsätzlich bearbeitet werden, dann ist der Tätigkeitsbezirk nicht zu weit auszupfannen. Das gilt aber nicht für das gewerkschaftliche Leben. Die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen leidet unter der Fülle der Arbeit, die den einzelnen Beamten zugemutet wird. Eine Vermehrung der Beamten, unter Hinzuziehung von Arbeitern als Hilfskräfte und weitere Anstellung von Damen als Inspektoreninnen tut dringend not. Ohne genügende Beaufsichtigung haben auch die schönsten

Arbeiterschutzbestimmungen praktisch wenig Wert. Sie stehen dann mehr oder minder nur auf dem Papier. Den geringsten Anspruch, den man an eine Gewerbeinspektion stellen darf, ist: Jede Einlage muss mindestens jährlich einmal revidiert werden.

Dieser Mindestfordierung konnte auch im vergangenen Jahr die preußische Inspektion nicht genügen, wie ein Blick auf

die Revisionstätigkeit

der Beamten beweist. Es muss allerdings betont werden, dass die Zahl der mit einer Revision bedachten Betriebe eine steigende Tendenz aufweist.

In den Fabriken und den diesen gleichwertigen Anlagen, in den Bergwerken, Salinen wurden 148920 Revisionen gegen 140845 im Jahre 1906 vorgenommen. Davon 2245 bei Nacht und 4521 an Sonn- und Festtagen. Zweimal wurden 11513, drei- und mehrmal 6980 gewerbliche Anlagen revidiert. Die Zahl der revidierten Fabriken stieg auf 69 811 oder 49,3% der vorhandenen Betriebe. Die Inspektion umfasste aber 2526211 oder 83,3% der vorhandenen Arbeiter.

Hierzu waren 189489 erwachsene Arbeiter, 46956 Arbeitnehmerinnen, 179261 jugendliche Arbeiter und 2605 Kinder. Die Revisionen verteilten sich in der Hauptstrecke wie folgt:

Textilindustrie 6 027

Bergbau, Hütten- und Salinenbetrieb 42 179

Nahrung- und Genussmittel-Industrie 30 687

Industrie der Steine und Erden 14 026

Bildleiter- und Reinigungsgewerbe 11 497

Holz- und Schnissstoffindustrie 11 325

Maschinenindustrie 8 881

Metalverarbeitung 8 796

Polygraphische Gewerbe 4 086

Chemische Industrie 2 808

Baugewerbe 2 815

Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Deterg. u. c. 2 210

Von den 47150 nicht fabrikamtlichen Betrieben, die der Gewerbeinspektion unterstanden, wurden 9953 mit 22617 Arbeitern revidiert.

Was hat, wie oben bemerkte, die Zahl der revidierten Betriebe zugenommen, jedoch ist der Prozentsatz der von der Revision erfassten Arbeiter um 0,3% gesunken.

Wie aus der hier angeführten Aufstellung ersichtlich ist, ist auch

die Textilindustrie

von der Revision erfreulicherweise nicht verschont geblieben. Von 6722 Betrieben wurden 6027 revidiert. Dass eine belohnte Beaufsichtigung unserer Industrie notwendig ist, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, dass darin Frauen, Jugendliche und Kinder in ganz besonders hohem Maße Beschäftigung gefunden haben und darum die Schutzbefestigungen in besonderem Maße auf die Textilindustrie Anwendung finden mussten.

Aber andererseits wissen unsere Kollegen und Kolleginnen, wie das Sprichwort, "Gelegenheit macht Diebe", sich auch gerade in der Textilindustrie in bezug auf Übertritt der gesetzlichen Bestimmungen bewährt hat. Besonders in solchen Orten, wo die Arbeiterschaft es noch nicht verstanden hat, sich eine starke Rückendeckung in den gewerkschaftlichen Organisationen zu schaffen, und sie darum Gelehrtheitkeiten der Unternehmer gegenüber unermächtiger ist, lässt es in bezug auf Beachtung der Gewerbeaufsicht nur dazu führen, dass die Gewerbeaufsicht auch in einzelnen Betrieben, und auch inunter seitens weniger einflussreicher Arbeiter oder Arbeitnehmerinnen sehr viel zu wünschen übrig. Das trifft ganz besonders zu für Spinnereien, in denen die weibliche und jugendliche Arbeitskraft einen großen Prozentsatz der Beschäftigten ausmacht. Für die macht sich der Mangel an einer gründlichen Inspektion und einer starken gewerkschaftlichen Organisation als Unterstützung derselben besonders fühlt.

Um Vergleich der Zahl der revidierten Betriebe mit der Zahl der darin beschäftigten Arbeiter ergibt, dass von der Revision hauptsächlich die Großindustrie erfasst wurde. Gewiss ist eine gründliche

Beaufsichtigung dieser notwendig. Aber nicht minder nötig dürfte jedenfalls die häufige Inspektion der Kleinbetriebe sein, die mit weniger Kapital arbeiten und darum weniger modern eingerichtet sind, in denen die gewerkschaftlichen Organisationen vielleicht weniger vertreten sind und die in bezug auf Beachtung der Arbeiterschutzbestimmungen mitunter sehr mißliche Verhältnisse aufzuweisen haben. Auch in dieser Beziehung macht sich der Mangel an genügend Beamten fühlbar. Diese können auch nicht mehr, als ihre Kräfte und Zeit zulassen. Und die sind heute schon sehrreichlich in Anspruch genommen.

Dass vielen Arbeitgebern, die gesetzlichen Bestimmungen noch nicht bekannt sind, oder wie vielfach letztere noch als "Luft" betrachtet werden, beweisen die alljährlich in den Berichten wiederkehrenden Angaben über die

Verstöße gegen die Gesetze.

Bei den Revisionen wurden folgende Bußwiderruhungen ermittelt:

gegen Schutzgesetze betr. jugendliche Arbeiter in 7052 Betrieben; bestraft wurden 1296 Personen;

gegen Schutzgesetze betr. Arbeitnehmerinnen in 3586 Betrieben; bestraft wurden 587 Personen.

Die Zahl der Verstöße gegen die Schutzgesetze für Jugendliche hat um 499, die der deswegen bestraften Personen um 61 abgenommen. Die Zahl der Verstöße gegen die Schutzgesetze für Arbeiterinnen aber ist um 263 gestiegen, und trotzdem ist die Zahl der wegen solcher Verstöße bestraften um 41 zurückgegangen. Ob das auf Nachsicht der Beamten oder Willkür der Gerichte zurückzuführen ist, kann nicht ermittelt werden. Die meisten Verstöße gegen die Schutzgesetze für Jugendliche sind in den Werkstätten der Kleider- und Webekonfektion ermittelt, an zweiter Stelle stehen die Siegelseen mit 770 Betrieben. Die Zahl der Bestrafungen aber ist bei den Siegelseen größer, ein Beweis, dass es sich hier mehr um schwere Verstöße gehandelt hat.

Wenn die Übertretungen im allgemeinen abnehmen, so ist das in verschiedenen Ursachen begründet. Unzweckhaft haben sich die Arbeitgeber mehr und mehr freiwillig zur Erfüllung ihrer Pflichten bequemt. Durch die Gewerbeinspektion sind sie mehr dazu gezwungen worden. Außerdem kommt aber auch den Gewerkschaften ein großes Verdienst auf diesem Gebiete zu. Man geht nur dorthin, wo keine lebendige Arbeitersorganisation sich befindet, und man wird den Beweis seiner Behauptung gleich erbracht finden. Das wird in einzelnen Berichten preußischer Gewerbeinspektoren auch unumwunden anerkannt. Wo die Arbeiterschaft nicht selbst für Durchführung der für Sitte und Gesundheit getroffenen Gesetze sorgt ist — und das kann sie nur dort, wo sie eine trügerische Organisation hinter sich weiß — da kann auch nicht eine einmal im Jahre stattfindende Revision den Willen des Geschiebers zur Geltung bringen. Selbsthilfe und Staatshilfe ergänzen und unterstützen sich gegenseitig.

Aber Übertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen kommen doch noch Jahr für Jahr wieder vor. Der Grund ist nicht zuletzt in der

milden Urteilsetzung

zu finden, die diese bisweilen von den Gerichten finden. Kleine Geldstrafen finden sich häufig, ja bilden die Regel, nur seltener trifft man härtere Bestrafungen. So schreibt z. B. der Gewerbevertretung Lühl in Koblenz:

"Wegen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Bildsteinfabriken wurden in zehn Fällen Geldstrafen von 3—20 Mark verhängt."

Dass solch geringe Bestrafung nicht instande ist, dem Arbeitgeber die Beobachtung der Gesetze ab-

Geldmarkt längst zeitweilig — auch heute versucht er es noch — in vergnügter Laune präsentiert, so vor's oder ist's doch eben nur eine Laune, die auf jedes Weiterumslag reagiert. Und gewissmehr als je eine Art Weiterumslag ist immer noch in Amerika anzusehen. Die sämtlichen europäischen Wertpapiermärkte und nicht zuletzt die Deutschen, weisen eine „beschämende Unabhängigkeit“, wie der New Yorker Börsenzug „es nennt, von der New Yorker Börse auf. Die etwas befriedigendere Gestaltung des Geldmarktes konnte in der Hauptstadt deswegen nicht recht zur Geltung kommen, weil eben die New Yorker Börse immer und immer wieder der Schwäche verfiel, so besonders auch am 24. Mai, wo sie sich durch die Nachricht ins Dorfhorn jagen ließ, die Bundesregierung gehe in feindseliger Weise gegen die New York Stock Exchange und Hartford-Eisenbahn, sowie gegen die American Tobacco Company vor, während man sich in den letzten Monaten der angenehmen Erwartung hingegessen hatte, Präsident Roosevelt habe den Feldzug gegen die Eisenbahn- und Trustgesellschaften nun mehr ausgefochten. Man tröstete sich schließlich zwar wieder etwas, als verlautete, das Vor gehen gegen die genannten beiden Gesellschaften sei durch den Staatsanwalt gegen Roosevelt's Willen erzwingt worden, woraus man den Schluss zog, es handele sich hier nicht um eine „Kriegs“ von grundsätzlicher Bedeutung; am 26. aber trug doch aufs neue arge Flöte an der New Yorker Börse ein, welche die Bestimmung an den deutschen Wertpapiermärkten nur noch verstärkte.“

Roosevelts hartnäckiger Feldzug gegen die reichen Leute haben wir früher bereits mehrfach erwähnt. Wenn man das gegenwärtig gewirtschaftliche Verhältnis Amerikas zu Europa und zu Deutschland insbesondere betrachtet, so sollte nicht außer acht gelassen werden, dass die von Roosevelt so hartnäckig verfolgten Deutschen eine „beschämende Unabhängigkeit“ in der Abhängigkeit der Einkünfte Amerikas in Europa tragen. Ein Hauptstück der Kunst und dem Kunstmuseum dient der Börse gefüllt und „das“ kommt losgelöst. Aber — jene, die vor dem Geldmarktfeld genutzt hatten, behielten recht. Der ausländende Reichslandausweis kam und hatte auch nicht das Geringste von einer „herrschaftlichen“ feststellenden Sanktion — abgesehen von einigen wenigen Verlierern, die aus Sankt-Petersburg des Waren nicht verteilen wollten, ehe sie es haben. So führte vor man, dass die Rebe davon ging, die Bank von England warnte ihrerseits mit der Zusicherung lediglich auf eine vorhergehende entsprechende Maßnahme unserer Reichsbank. Es kam hinzu, dass auch Deutschland, wenn auch in geringerem Maße nur, durch Vermittlung der deutschen Banken und dem Segen der wiederumreisenden Goldimporte etwas mitbegünstigt wurde. Zugleich rückte sich auch schon der Präsident nicht um den deutschen Markt unter 4 Prozent hinunter, ein Satz, den man lange — lange Zeit nicht mehr gemaunzt hatte, so dass sein Erscheinen ordentlich das Geschäft einer Entwicklung anlummen ließ. Alles das — und noch einiges andere — zusammengekommen, bildete, wie ein Bericht sagt, ein glänzendes Zeichen dafür, dass es nunmehr auch Deutschland gelungen ist — selbstverständlich unter besonderer Entwicklung der erwähnten Goldimporte — sich endlich von den lästigen Sanktionen der fast ausschließlich gewordenen deutschen Goldknappheit frei zu machen. Es wird eine Frage von Tagen sein, dass sowohl England wie auch seitens des Reichslandes eine weitere Lastung der Reichslandausweise um 1 Prozent herauf. So stehen denn der Börse gefüllt und „das“ kommt losgelöst. Aber — jene, die vor dem Geldmarktfeld genutzt hatten, behielten recht. Der ausländende Reichslandausweis kam und hatte auch nicht das Geringste von einer „herrschaftlichen“ feststellenden Sanktion — abgesehen von einigen wenigen Verlierern, die aus Sankt-Petersburg des Waren nicht verteilen wollten, ehe sie es haben. So führte vor man, dass die Rebe davon ging, die Bank von England warnte ihrerseits mit der Zusicherung lediglich auf eine vorhergehende entsprechende Maßnahme unserer Reichsbank. Es kam hinzu, dass auch Deutschland, wenn auch in geringerem Maße nur, durch Vermittlung der deutschen Banken und dem Segen der wiederumreisenden Goldimporte etwas mitbegünstigt wurde. Zugleich rückte sich auch schon der Präsident nicht um den deutschen Markt unter 4 Prozent hinunter, ein Satz, den man lange — lange Zeit nicht mehr gemaunzt hatte. Bekanntlich hattet dieses Land gewiss keinen guten Eindruck in England gegenüber gehabt. Bekanntlich hattet dieses Land gewiss einen schlechten Eindruck, was die Auswirkungen der Weltkrise auf britische Verhältnisse Amerikas erwartet, und damit dürfte sich Gelegenheiten ergeben, mit der Niederlage der letzten Krisis gänzlich anzurechnen. Wer weiß?

So ist das Land jenseits des „großen Teiches“ einen Eindruck auf, der sich nach wie vor in recht unliebsamer Weise bemerkbar macht. Als einziges Zeichen einer Belebungsfähigkeit könnte der eingangs erwähnte, allmähliche Goldimport der ganz beträchtlichen Teile aus Amerika herkömmen registriert werden. Derart wird durch weitreichendes Aufzug mit der Abtragung des Restes der amerikanischen finanziellen Verbindungen gemacht. Und es besteht durchaus keine unverdiente Aussicht auf fröhliche Zukunft der „Elsässer“, so lange wenigstens, als die günstigen Sozialstandards aufrechterhalten bleiben. Sicherlich werden die Schätzungen in England gegenüber ähnlich idyllisch. Bekanntlich hattet dieses Land gewiss einen schlechten Eindruck, was die Auswirkungen der Weltkrise auf britische Verhältnisse Amerikas erwartet, und damit dürfte sich Gelegenheiten ergeben, mit der Niederlage der letzten Krisis gänzlich anzurechnen. Wer weiß?

zu zwingen, ist klar. So lange nicht der Unternehmer wegen Verleugnung der Schuhvorschriften in höheren Strafen genommen und bei Wiederholungen evtl. mit Freiheitsstrafen belegt wird, so lange wird die Durchführung der Gesetze an Gründlichkeit zu wünschen übrig lassen. Diese Auffassung vertritt auch der Beamte für Düsseldorf, wenn er in seinem Berichte schreibt:

"Die bisher geübte milde Handhabung reicht nicht aus, den Vollzug des Gesetzes gehörig zu sichern. In zahlreichen Fällen mußte vielmehr auch strafrechtlich vorgegangen werden."

Hoffentlich werden die Klagen der Beamten wegen Übertretungen immer weniger; ganz werden sie wohl nie verschwinden.

Was die Stellungnahme zu den

Unfallverhütungsmaßnahmen

und hygienischen Vorschriften betrifft, so wird nur vereinzelt, so im Bericht für Hildesheim, über Nachlässigkeit oder bösen Willen der Arbeitgeber, dagegen in sehr zahlreichen Fällen, so in den Berichten für Bromberg, Melsburg, Hildesheim und Münster, über Mängel an Interesse und Verständnis und über direkte Böswilligkeit seitens der Arbeitnehmer geplagt. Die erwähnten Berichte heben hervor, daß Schuhvorschriften häufig nicht bemüht oder gar entkannt wurden, wenn sie bei der Arbeit irgendwie hinderlich waren. Der Bericht für Grunsberg betont allerdings, daß z. B. die Vorschriften an den Holzbearbeitungsmaschinen ihren Zweck vielfach noch nicht vollkommen erfüllen und noch sehr der Verbesserung bedürfen. Auch muß hierbei betont werden, daß manchmal die Arbeiter zur Missachtung der Vorschriften indirekt gezwungen werden durch die Vorgesetzten, Meister usw. Auch sind die Vorschriften mitunter gar unpraktisch, daß sie gar nicht gebracht werden können. Die Berichte, die Arbeiterschaft zur Verbesserung der Schuhherstellungen heranziehen, werden im Bericht für Danzig als noch "nicht von Erfolg begleitet" bezeichnet. Die Gleichgültigkeit, welche, wie die Berichte betonen, noch vielfach seitens der Arbeiter gegenüber den doch zu ihrem Besten eingerichteten Unfallverhütungsmaßnahmen an den Tag gelegt wird, veranlaßt zu der Mahnung, "daß die Arbeitgeber bei geeigneten Gelegenheiten immer wieder auf die Bedeutung dieser Maßnahmen hinweisen mögen". Hier ist auch eine große Aufklärungsarbeit von den Arbeiterversorgungsorganisationen zu leisten. Darum muß der Refrain immer wieder heißen: Hinsetzen in die Gewerkschaften!

Schlüsse zur Verbands-Generalversammlung.

Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

In Süddeutschland werden am 13. Sept. die Delegierten unseres Verbandes zusammen kommen, um über das Wohl und Wehe unserer Organisation zu beraten. Hier sind die Verhältnisse, unter denen die diesjährige Generalversammlung tagen wird, nicht die besten, fällt sie doch mitten in die Zeit der Krise hinein, unter deren Folgen viele unserer Mitglieder zu leiden haben. Um schlüssigstens wohl diejenigen gehalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen wurden, ohne daß seitens der Gewerkschaft etwas hätte geschehen können. Es besteht in unserm Unterstützungs-einrichtungen eine große Lücke, die ausgefüllt werden muß durch die Arbeitslosenunterstützung.

In unserem Wirtschaftsleben zeigen sich fortgesetzte periodische Abflauungen. Den letzten folgten magere Jahre, der Hochkonjunktur die Krise, die mehr oder minder unser Wirtschaftsleben erschüttert. Wo die Ursachen dieser Erscheinung zu suchen sind, kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein, wir haben damit als einer feststehenden Tatsache zu rechnen. Zu den Zeiten der Krise werden die überbeschäftigen Arbeiter abgestoßen, während in den Zeiten der Hochkonjunktur die Klagen über Mangel an Arbeitskräften nicht verschwinden.

Für die organisierte Arbeiterschaft hat ein solcher Zustand nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung die bedenklichsten Folgen. Die Arbeitslosen bevölkern die Straßen und nehmen aus Not Arbeit um jeden Preis. Die Unternehmer nutzen diese Situation aus und bilden einfach Lohnkürzungen, so daß die Erwerbsmänner gewerkschaftlicher Tätigkeit in Frage gestellt werden. Dazu kommt noch, daß ein nicht unbedenklicher Prozentsatz gewerkschaftlich organisierten Arbeiters glaubt, den Zusammenhang in Zeiten entbehren zu können, wo Angriffsstreiks nicht vorgenommen werden können. Letztens an die Organisation dauernd festigen, ist möglich, wen den Personen Sicherung bei Arbeitslosigkeit in Aussicht steht.

Zur Verteidigung dieser Verhältnisse ist bereits von einer größeren Anzahl Organisationen die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, als ein wichtiges Rüstzeug im Kampfe gegen soziales Untreuth und Individualismus sowohl, wie auch zur Sicherung gewerkschaftlicher Erfolge. Auch unsere Organisation kann auf die Dauer sich gegen die Einführung derselben nicht verschließen. Das fortgesetzte Rüsten auf Seiten der Arbeitgeber wie der gegnerischen Organisationen zwingt uns, vorwärts zu schreiten. Wollen wir zeitgemäße Gewerkschafts-politik treiben, die Ausbreitungsmöglichkeit unserer Organisation erhöhen, dann müssen wir versuchen, die gewonnenen Mitglieder dauernd an die Gewerkschaft zu fesseln, nicht bloß dann, wenn durch Streiks und Lohnbewegungen direkter Vorteil geboten wird, sondern auch dann, wenn wirtschaftliche Krise die Arbeiterschaft schädigen. Gewiß, eine solche Einführung verlangt neue Opfer von uns, mit den heutigen Beitragsfächern würde sich eine wirksame und sichtbare Arbeitslosenunterstützung kaum durchführen lassen, doch dürfen wir nicht vergessen, daß sich ein solches Opfer lohnen wird.

In welcher Form sich die eventl. Arbeitslosenunterstützung durchführen läßt, muß selbstverständlich eingehenden Beratungen festgelegt werden; doch sind doch unsere Verbands-Generalversammlung mit der Materie befaßt, ist zweifellos sicher. Kleines Zusätzl. wäre zu empfehlen, wenn die Kollegen und Kolleginnen sich in unserm Organ dazu abstimmen, um der Generalversammlung Material zu geben und den Delegierten einen Überblick über Situations in unsern Mitgliedskreisen zu über-

mitteln.

Beraten wir gemeinsam, schaffen wir durch echt solidarisches Handeln, was für die Weiterentwicklung unseres Verbandes, sowie zur Linderung der Notlage mancher unserer Mitglieder in schweren Zeiten notwendig ist.

Rheydt.

Jh.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Nachen.

Streik bei der Firma Königsberger. Wie wir schon in der letzten Nummer unseres Organs berichteten, wurden die Weber der Firma Königsberger plötzlich in einer Abwehrbewegung gedrängt. Wenn wir am Schlusse der vorigen Mitteilung der Meinung Ausdruck gaben, daß es dem Arbeitgeber verband möglich sei, die Firma Königsberger zu veranlassen, den Instanzenweg einzuhalten, so fehen wir uns in dieser Annahme getäuscht. Der Arbeitgeberverband hat zwar die Firma rufen lassen, jedoch ließt sich auf keine Verhandlungen ein. Das durch hat die Firma sich außerhalb des Schutzes des Arbeitgeberverbandes gesetzt, so daß eine größere Ausdehnung der Bewegung wohl nicht ausgeschlossen wird. Von einer andern Seite droht nun wohl eine Gefahr, die die Bewegung in die Länge ziehen könnte, nämlich von Seiten der Lohnvereine. In den größeren Webereien, sowie in den Genossenschaftswebereien, ebenfalls die Arbeiter in Ingelheim und Montjoie haben die Arbeiten verweigert. Wenn dieses in allen Lohnvereinen geschieht, wird das Ausmass der Firma Königsberger schon abgewehrt werden. Bis jetzt steht die Sache für die Arbeiterschaft günstig. Die Arbeiterschaft in den Lohnvereinen ist es, die den aufs Pfaster geworfenen Arbeitern zum Siege verhelfen, jedoch auch ihre Niederlage herbeiführen kann. Hoffentlich wird sich keiner, auch nicht ein Unorganisierter, dazu ergeben, die Arbeiten der Firma Königsberger, die als Streitarten erklärt sind, zu verweigern. Die Firma sieht auch wohl schon ein, daß dieses Manöver nicht glückt, denn sie sucht schon in auswärtigen Zeitungen Weber. Einige Kollegen von auswärts, die infolge dieser Anzeige nach Nachen kamen, sind, nachdem sie aufgeklärt wurden, wieder abgereist. Auch hiermit hat die Firma also noch kein Glück. Wenn die gesamte Arbeiterschaft wie bis jetzt zusammensteht und sich gegenseitig unterstützt, wird zwar der Kampf weiter Wellen schlagen, aber jedermann bedeutend schneller zum Siege führen.

*

M.-Gladbach.

Bei der Firma Dörner u. Bergmann hatten sich Differenzen ergeben. Eine Belegschaftsversammlung, die die Hälfte Stellung nahm, beantragte den Arbeiterausschuß, mit der Firma in Verhandlung zu treten. Diese war auch von Erfolg gefrönt, und wurde die Angelegenheit zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Würde man überall mit den Arbeiterausschüssen resp. Verbandsvertretern in vernünftiger Weise verhandeln, so würde manches Misverständnis beseitigt und mancher Wunsch verstanden werden. Ob es auch leicht in Warendorf zu einer Ausprägung gelommen, wenn man in Verhandlungen eingetreten wäre?

*

Süchteln.

Über die Verhältnisse in den hiesigen gewerblichen Betrieben haben wir wiederholt das eine oder andere berichtet. Auch darüber haben wir im vorigen Jahre unsere Meinung gesagt, daß die Unternehmer unter sich am hiesigen Orte eine Abmachung getroffen haben, wonach die Arbeiter, wenn es den Unternehmern nicht beliebt, in keiner Fabrik hierfür eingestellt werden sollten. Seitdem hat die schlechte Konjunktur eingelebt. Abzüge, Feiern, Entlassungen waren die Folgen. Nun scheint die Krise überwunden zu sein. In einem Betriebe geht es von 7-12 und von 1/2-7 Uhr. Es scheint, daß diese Firma genügend mit Aufträgen versorgt ist, denn es werden neue Arbeiter wieder eingestellt, was man hier lange nicht gehabt hat. Nun kann man wohl verstehen, daß die Arbeiter, die fast ein halbes Jahr und noch darüber keine ganzen Tage gearbeitet haben, jetzt, wo sich die Gelegenheit bietet, lohnende Arbeit zu erhalten, ihren bisherigen Arbeitsbetrieb verlassen. Jedoch mit des Gesichtes lächeln wir. Mehrere Arbeiter suchten hier am Orte andere Arbeit und erhielten auch solche. Es wurde gefunden, aber einige Tage nachher wurde den Arbeitern die Meldung zuteil: "Ich darf euch nicht einstellen, wohl wenn ihr erst auswärts gearbeitet habt". Die Arbeiter hören auf und erhielten in Krefeld Arbeit. Als diejenigen einige Tage in Krefeld waren, erhielten sie den Bescheid, sie könnten doch anfangen. Ist das nicht der größte Hohn, einen Arbeiter, der den ganzen Winter genug finanziert worden ist, auch jetzt noch, im dritten Quartal, etwas mehr zu verdienen, so zu behandeln? Arbeiter seid und bleibt einig! Momentan, wenn Kollegen unter euch sind, welche in keiner Weise ein kollegiales Verhalten an den Tag legen.

Hatte da in einem Betriebe eine Anzahl Arbeiter einem Angestellten, der, nebenbei gesagt, wirklich schlimme Verhältnisse durchzumachen hat, Geld geleistet. Nur, Geld auszuleihen steht jedem frei, der in der glücklichen Lage ist, etwas zu bestellen. Aber die Sache hat mitunter doch einen großen Punkt. Der Angestellte hatte an die Samtweber die Wohle auszuteilen. Dass er hierbei denjenigen eine längere (drei) Autonome ließ, die ihm aus der Klemme halfen, ist ja ziemlich selbstverständlich. Das aber andere Kollegen, die gemäß ihrer Verhältnisse nicht wußten, wie sie von einem Tag zum anderen kommen sollten, dadurch geschädigt wurden, ist ebenso klar. Mein Vater, sagte ein Familienvater, daß ich immer die dünnen Wohle machen müsse und auch noch von einem Stuhl zum anderen gejagt wurde. Wahrsich, das ist interessant!

Auch in anderen Betrieben passieren wunderliche Dinge. In einem Betrieb hat man im vorigen Jahre gehörig agiert für den Verband. Fast alle organisierten sich, nur zwei oder drei nicht. Dieselben erhalten auch immer das schönste und beste Material. Ja, der Betriebsinhaber kann oft Stundenlang mit ihnen verhandeln. Warum denn? Wir sind überzeugt, würden diese Arbeiter auf organisierten und Arbeiterinteressen vertreten, der Besuch des Arbeitgebers würde schon bald auf-

einem anderen Betriebe sollen einige Arbeiter so liebenswürdig sein, vom geschlachteten Schwein einigen Angestellten mitzubringen. Sonderbar, nicht wahr?

Kollegen und Kolleginnen, wir wollen frei sein und unabhängig, wir wollen uns keine bevorzugte Arbeit sichern durch derartige Liebesschwürekeiten auf Kosten anderer. Agitiert für den Verband! Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Die Kollegen, die als Delegierten der Ortsfrankfurter I. Nachen gewählt worden sind, und unterm hiermit darauf ausserordentlich gemacht, daß die Generalversammlung am 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Royal (früher "Alte Deutsche Bierschänke") stattfindet.

Bei der letzten Generalversammlung war es auffällig, daß eine sehr große Zahl der Delegierten nicht aufzufinden war. Das kann in Zukunft durch vermieden werden, daß jeder Delegierte beim Stellenwechsel dieses sofort der Rendantur meldet. Des weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Delegierten ihr Amt solange behalten, als sie für die Zeit, für die sie gewählt sind, in keinem anderen Betrieb, der einem anderen Verband angehört, in Arbeit treten. Diejenigen Delegierten, die ihre Arbeitsstelle gewechselt, und dieses bis heute erledigt haben, werden hieruntergebaut, werden ersucht, es sobald wie möglich nachzuholen, damit ihnen die Einladung rechtzeitig zugestellt werden kann. Sie können aber ihre Einladung (Legitimation) persönlich auf dem Bureau in der Kurhausstraße in Empfang nehmen.

Corschenbroich. Am 24. Mai fand hier eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt. In der selben referierte Kollege Wittelkind aus M.-Gladbach über das Thema: "Warum gründen wir christliche Gewerkschaften". Ausgehend von dem Vorwurf, die christlichen Gewerkschaften trügen Arbeitersplitterung, wie Redner nach, wie durch ihre sozialdemokratische Tendenz die "freien" Gewerkschaften, sowie durch die freimaurige der Kirchendienstler, die kirchlich gesetzten Arbeiter zur Gründung selbständiger Organisationen gezwungen worden seien. Nachdem er noch die Bestrebungen der "gelben" Gewerkschaften ins wahre Licht gerückt, behandelte er die Pflichten des Einzelnen. Hierbei führte er aus, daß es heute nicht genügt, wenn der Vater für den Kirchenbesuch der Kinder sorge, er müsse auch für ihre Zugehörigkeit zu einer christlichen Gewerkschaft sorgen. Die heutige Höhe der Lebenshaltung bedinge auch ein entsprechendes Einkommen, welches aber nur mit Hilfe der Organisation erreichbar sei. Der Arbeiter wolle nicht mehr Wohlstätten, sondern Recht und Gleichberechtigung. Der zweite Teil des Vortrages war der genossenschaftlichen Organisation gewidmet. Der Kommandeur von Bürrup wird hier eine Filiale errichten und soll die Eröffnung derselben am 3. oder 4. Juni erfolgen. Über diesen Gegenstand stand eine rege Diskussion statt, die hoffentlich zur Klärung der Angelegenheit am Orte viel beitragen wird und zu den 50 Anmeldungen noch eine stattliche Anzahl weiterer folgen werden. Ferner hoffen wir hierdurch der Gewerkschaft noch recht viele neue Mitglieder zuzuführen.

Fulda. Wir bringen unsern Kollegen und Kolleginnen hiermit zur Kenntnis, daß die Lohnverhandlungen fertiggestellt und dieselben durch die Vertrauensleute zum Preise von 15 Pfennig je der Mitglieder verteilt werden. Bei Lohnverhandlungen, Steuerelamotationen usw. sind diese Begriffe, wenn sie vorchristlichmäßig ausgefüllt werden, von großer Bedeutung. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Mitgliedes, sich in den Welt eines solchen Büchleins zu setzen. Wir weisen auch unsere Kollegen und Kolleginnen darauf hin, daß in nächster Zeit in den umliegenden Ortschaften öffentliche Gewerkschaftsversammlungen abgehalten werden. Sodann organisiert Kollege und jede Kollegin muß es sich als eine Ehre anrechnen, für einen guten Verhandlungsbefehl zu sorgen. Aufklärung tut noch not!

Gronau i. W. (Christl. Gewerkschaftskartell Sonnen und Umgegend) Himmelfahrtstag - Richter Nebel liegt auf Flur und Walde, die Sonne hält sich noch hinter den Bäumen versteckt. Nach und nach hebt sich der Nebel, die Sonne bricht sich Bahn und überbringt mit seinen Strahlen Wald und Flur dem Morgenrot. Alles belebt sich in der Natur, die Blütelein singen ihre Dankeslieder, das der Herr wieder einen neuen Tag werden läßt, der diese Ausprägung persönlich mitgestaltet hat. Derjenige, der diese Ausprägung persönlich mitgestaltet hat, darf sich sofort sagen, daß der Schreiber des fraglichen Berichtes entweder den ganzen Gang nicht kennt, oder er stellt abschließlich die Tatsachen auf den Kopf. Letzteres müssen wir annehmen. Wie konnte er sonst von "Mund voll nehmen" und "Gesammelknüpfen" der Christl. Verdrehungen in diesem Bericht nicht einsehen, die Entwicklungen und die Bedeutung näher einzugehen, die diesen Leuten eine Bedeutung beilegen, die sie gar nicht verdienten. Dessen ungeachtet wollen wir hier einige besonders krasse Punkte anführen und richtig stellen.

Wenn der Artikelschreiber gleich anfangt anzuheften, die Sache sei ratsam und unerwartet beendet werden, so ist nicht derzeit bei "Genossen" Einfall in die Schule gegangen zu sein, der seinerzeit erklärte: "Ein Streit, der 14 Wochen dauert und verloren geht, ist mir lieber als ein Streit, der nach 14 Tagen gewonnen wird." Wenn er ferner die Mitgliedszahl der Christlichen angibt, so überlässt wir ihm das ruhig. Wir begnügen uns vorerst mit der Tatsache, daß der christliche Verband der Tiefgarbeiter etwa 60 mal soviel Mitglieder auf der Kampfparteizählung zählt als der "große" sozialdemokratische Tiefgarbeiterverband. Auch scheint es den Artikler zu verstehen, daß Gewerkschaftsschüler Röhling die Ausprägung der Tiefgarbeiter gleich auf ihrer Seite haben, vor unschuldigen Schülern warnte, obgleich er selbst zugibt, daß ein Gewerkschaftsführer sich nicht von der momentanen Begeisterung der großen Masse leiten lasse. Was nun die zwei Männer in der Kommission betrifft, so hätte der Schreiber vielleicht besser davon gesprochen, denn damit kann er und seine Organisation nicht mehr Wohlstätten, sondern Recht und Gleichberechtigung garantieren. Und wenn die sozialdemokratische Tiefgarbeiterverband bei der Gewerkschaftsschüler Röhling eine Befreiung der Gewerkschaft der Tiefgarbeiter nach einer sechzehnjährigen Tätigkeit sich erworben hat. Die christlichen Tiefgarbeiter werden es sich aber wohl überlegen, in Zukunft den "Freien" eine Befreiung freiwillig zu überlassen, um sich später bestimmt zu lassen.

Wenn man ferner auf dieser Seite einen Passus aus der Resolution herausgreift und darin einen "Kriegsfall vor der Direktion" erlässt, so muß hier festgestellt werden, daß diese Resolution vor der Versammlung einstimmig angenommen wurde, also auch die "tapferen" Genossen den Kriegsfall mitnahmen. Die Sache, daß der christliche Tiefgarbeiterverband keine Kampforganisation sei, ist nicht neu, allerdings eine Kampforganisation im Sinne des klassenfeindlichen Sozialismus ist er nicht. Und wenn die Genossen in wirtschaftlichen Kampf Erfolge erzielen wollen, stehlen sie die Klassenkampfsiede ruhig in die Tiefgarde und stellen sich auf den Boden des Erreichbaren, gerade wie andere Leute auch. Und verstehen wir und können es denn Schreiber nachfragen, daß sich die Unzufriedenheit jetzt schon gestellt macht, - nämlich bei den "Genossen", die sich wieder einmal in die Rolle der bestreiteten Wohlgemerken befinden, denen die Siede davon schwammen.

Denn trotz aller Bemühungen der "Genossen" will die Arbeiterchaft nichts von dem "alleine sogenannten" sozialdemokratischen Tiefgarbeiterverband wissen. Wer sollte da nicht unzufrieden sein? Die Leser dieser Zeilen mögen nun erkennen, auf welcher Seite die Wohlhaber liegen. Den Aufruhr an die Arbeiterschaft der Tiefgarbeiter nach herausgreift und darin einen "Kriegsfall vor der Direktion" erlässt, die dortigen Arbeiter und Arbeitersinnen haben bereits eingesehen, bei welcher Organisation wahr Arbeiterinteressen vertritt und haben darum in großen Scharen sich angeschlossen dem christlichen Tiefgarbeiterverband.

Den Aufruhr an die Arbeiterschaft der Tiefgarbeiter nach herausgreift und darin einen "Kriegsfall vor der Direktion" erlässt, die dortigen Arbeiter und Arbeitersinnen haben bereits eingesehen, bei welcher Organisation wahr Arbeiterinteressen vertritt und haben darum in großen Scharen sich angeschlossen dem christlichen Tiefgarbeiterverband.

Arbeitsfeld uns noch offen steht, wie viele Unorganisierte noch auf wirtschaftlichem Standpunkte stehen. Die müssen wir gewinnen. Darum an die Arbeit.

Ibbenbüren. Unsere Versammlung vom 24. Mai war nur schwach besucht. Nach Verleugnung der Quartalsabschöpfung sprach unser Vorsitzender noch einige Worte über das Unterstützungsvesen unseres Verbandes, worauf eine lebhafte Diskussion folgte. Darauf wurde das neue Vereinsgesetz besprochen. Beim Punkte "Vereinsdienst" erhob sich eine lebhafte Debatte wegen des Verhaltens der hiesigen Presse, die einen von der hiesigen Arbeiterschaft verfassten Artikel nicht aufnahm, angeblich, um die Neutralität nicht zu verlieren.

Krefeld. Unsere Arbeiterschaftsversammlung am Christi-Himmelfahrtstag in der Reichshalle nahm einen sehr anregenden Verlauf. Nachdem Kollege Bösch den Zweck der Versammlung erläutert hatte, sprach Kollege Marquardt über die Arbeiterschaftsfrage und die Ziele der Arbeiterschaft. Die ingswischen erschienene Referentin, die jetzt das Wort nahm, verstand es, den Anwesenden in anschaulicher Weise ein Bild über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu entrollen. Die Arbeiterschaft sei heute gezwungen, gewerbliche Arbeit zu verrichten. Die Unternehmer seien bestrebt, immer mehr weibliche Arbeitskräfte zu erhalten; warum? Nun, weil die Arbeiterschaft eine billigere und willigere Arbeitskraft darstelle. Den Männer erwähnte eine schwere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, dadurch würde der Lohn heruntergedrückt. Da sei es Pflicht der Arbeiterschaft, für gleiche Arbeit auch gleichen Lohn zu fordern; damit können die einzelnen Arbeiterschaft nicht aufnehmen, angeblich, um die Neutralität nicht zu verlieren.

Kampfpartei. Unter dem Titel "Christliches Mausbüldentum" finden wir in Nr. 124 der sozialdemokratischen "Frisch" einen längeren Artikel, der sich mit der Ausprägung auf der Kampfpartei beschäftigt. Derjenige, der diese Ausprägung persönlich mitgestaltet hat, darf sich sofort sagen, daß der Schreiber des fraglichen Berichtes entweder den ganzen Gang nicht kennt, oder er stellt abschließlich die Tatsachen auf den Kopf. Letzteres müssen wir annehmen. Wie könnte er sonst von "Mund voll nehmen" und "Gesammelknüpfen" der Christl. Verdrehungen in diesem Bericht nicht einsehen, die Entwicklungen und die Bedeutung näher einzugehen, die diesen Leuten eine Bedeutung beilegen. Dessen ungeachtet wollen wir hier einige besonders krasse Punkte anführen und richtig stellen.

Wenn der Artikelschreiber gleich anfangt anzuheften,

auch so machen. Von unserem Vorsitzenden wurden die Mitglieder jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß wir dieses den „Deutschen“ nicht nachmachen dürften und auch durchaus nicht nachmachen wollten. Es wäre ferner für unsere Mitglieder besser, wenn sie sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die im September stattfindende Generalversammlung wohl ganz bestimmt eine Beitragserhöhung beschließen würde. Zu diesem Punkt sprachen noch verschiedene Kollegen im Sinne des Vorsitzenden.

Neumünster. In der am 27. Mai abgehaltenen Versammlung beantragte der Vorstand, zum ersten Punkt der Tagesordnung, zwei Kollegen zum sozialen Kursus nach Hamburg zu entsenden und den betreffenden Kollegen eine kleine Unterstützung zu gewähren. Die Versammlung stimmte zu. Als zweiter Punkt stand das neue Reichsvereinsgesetz zur Debatte. Es wurde über die Licht- und Schattenseiten dieses Gesetzes eifrig diskutiert. Der Vorsitzende riet den Mitgliedern, sich das Kleine Buch „Das neue Reichsvereinsgesetz“, verfaßt von unserem Centralvorsitzenden Schiffer, anzuschaffen; dieses ist zum Preise von 20 Pf. beim Vorstande zu haben. Unter Berücksichtigung wurde noch über einige innere Angelegenheiten gesprochen und die Versammlung adjourniert.

Niethine. Trotz der großen Hitze hatten sich zur Mitgliederversammlung am 31. Mai die Kollegen gernlich zahlreich eingefunden. Nach statthaftem Rechnungsabschluß und Bericht der Revisoren wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. Sudan wurden einige Vertrauensmänner gewählt. Kollege Sch. sprach dann über das Ziel des Gewerkschaftlers und die standige Verfolgung derselben. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die Mitgliedsbücher in nächster Zeit zwecks Kontrolle einzogen werden und wollen die Kollegen dieselben bereit halten.

Stieghorst. Zum erstenmal seit dem Bestehen unserer Ortsgruppe hielten wir das Bergmessen, umfern Centralvorsitzenden Kollegen Schiffer in einer stark besuchten Versammlung unter uns zu sehen. Nebener schloßte den Verdagang, die Entwicklung und den Einfluß der christlichen Gewerkschaften im klarer Weise. Es hatten sich auch eine große Anzahl „Freie“ eingefunden. Hätte man doch von Bielefeld aus alle verfügbaren „Genossen“ in unserer Versammlung dirigiert. Ja, selbst Genossen Gauß sprach sich wohl allein nicht, dem Referenten gegenüber zu treten, er hatte sich den Genossen Seewering mitgebracht, eine „Portegroße“ I. Rang. In der Diskussion sprach zunächst Genossen Gauß. Anschließend an den Bericht in Nr. 12 unserer Zeitung polemisierte Redner über den Terrorismus der „bösen Christlichen“ in biesiger Weise, ohne indessen für seine Behauptungen Beweise zu erbringen. So behauptete Redner, in biesiger Weise wäre einem „Freien“ von christlicher Seite die Kette entzweit geblieben worden, und in einer unserer Mitgliederversammlungen, wo wir den angetrunkenen Genossen das Latal verweigert hätten, seien nicht diese, sondern die Christlichen entzweit gewesen. In einer von uns nachträglich einberufenen Abstimmung erklärten die Genossen jedoch, nicht behaupten zu können, daß einem „freien“ von unserer Seite die Kette entzweit geschritten wäre. Auch geben diejenigen zu, in der frag. Versammlung teilweise angezweifelt zu sein. Damit sind also Gauß' Behauptungen hinfällig. Auch welcher Bildungsstufe übrigens dieser Herr steht, geht aus Genossen daraus hervor, daß er in Bezug auf die christl. Gewerkschaften den Ausdruck „Bauernfänge“ anwendet, und als er zur Ordnung hierüber gerufen wurde, erklärte er, er habe gesagt, in einer ländlichen Arbeiterversammlung dürfe er diesen Ausdruck gebrauchen. Man sieht also, wie Herr Gauß die ländlichen Arbeiter einschlägt; daher jedenfalls seine minimalen Erfolge. „Genosse“ Gauß hat übrigens in Bantico Parlamentarismus und vieles zu lernen, wie ihm Kollege Schiffer ja auch erklärte. Am Ende erhielt „Genosse“ Seewering Bielefeld das Wort, der mit dem „Genossen“ Gauß in ein Horrbleß, nur daß er klarer und verständlicher sprach wie jener. Nachdem noch von unserer Seite verschiedene Redner gesprochen hatten, wurde dem Kollegen Schiffer das Schlusswort erteilt. Redner widerlegte die Angriffe der Gegner in halbprägender Weise und forderte zum Abschluß in die christlichen Gewerkschaften auf. Mit einem Dank an die Versammlung und einem hoch auf die christl. Gewerkschaften wurde die anregend verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Die christliche Sittalehre soll kulturrendlich sein, wird von den Gegnern der christlichen Gewerkschaften behauptet. Sittaler und unbegründeter ist noch niemals eine Anklage erhoben worden. Sicht doch die christliche Moral in der Arbeit im Dienst des Fortschritts und des Aufstiegs der Menschheit ein Gebot des Späts für den Einzelnen. Sowohl redet diese christliche Moral eindringlich und ernst von einem Kampf gegen die Welt; nicht jedoch gegen die Welt und Raum und die Freiheiten, die sie dem Menschen stellt, sondern nur der Welt und ihrer Lust, nicht dem, was dies, Größe, Wahns, Santes, Schones in der Welt zu vollbringen mögen ist, sondern nur dem, was an Gemeinheit, an Schönheit, an Lüge, an Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit in der Welt ist; dem und nur dem gilt der Krieg. Kulturarbeiter und Kulturstofftrütt, das ist der Gottsverdienst und Gottseligkeit. Das Streben der christlichen Arbeiterpartei nach höherer geistiger und materieller Güter, nach grünger sozialer Einetzung und dadurch gerade im Christentum seine Berechtigung und seinen Grundriss.

Aus geistlichen Organisationen.

Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband führt das System der Sanktionen ein. Der Textilarbeiterverband, soziale Chemie, hat vor einiger Zeit ein Rundschreiben herausgegeben, aus dem hervorgeht, daß die „Freien“ im geistigen und kulturellen Bereich nicht im gleichen Maße freien. Das Sanktionsrecht lautet:

„Nur an unsere Vertrauensleute. Steng vertraulich. Werten Kolleg! Bei der Ausfüllung der untenstehenden Fragen handelt es sich darum, das Leben und Kreis, sowie was schließlich noch bekannt ist, denjenigen Kandidaten, welche vom nationalen Wahlausschuß und bei der Wahl zur Gemeinsamen Ortskantonskasse präsentiert werden sind, zu ermitteln. Im Interesse der Wichtigkeit der Fragen und des Materials, was hiermit zusammen getragen werden soll, bitten wir unsere Vertrauensleute, bei der Beantwortung sich der größten Wahrheit zu bekleidigen, sowie den Fragebogen so schnell als möglich an und zurückzuführen. 1. Name des von nationaler Seite aufgestellten Kandidaten. 2. Beschäftigt bei der Firma? 3. Wie alt ist diese Person? bitte genau angeben. 4. Welcher Organisation der folgenden gehört derselbe an? a) Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine h. d. b) Evangelischen Arbeiterverein Chemnitz i. B. c) Evangelischer Arbeiterverein Chemnitz-Schloß. d) Katholischen Arbeiterverein 1 und 2. g) Deutsche Handlungsgehilfenverband. Bitte die Namen der Organisation, welcher er angehört, zu unterstreichen. (5). 2. Wie ist dessen Verhalten und Gehalten gegenüber seinen Mitarbeitern? (6). 4. Wie ist das Verhalten bei Lohnfragen den Unternehmen gegenüber? (7). 5. Sonstige wichtige Mitteilungen, welche in Verbindung mit obengenannten Personen zu bringen sind. Bitte so schnell als möglich ausfüllen und zurücksenden. Stempel: Verband deutscher Textilarbeiter. Mit Gruss Filiale Chemnitz, Uferstraße 16, 2) Hermann Florschütz.“

Wenn nichtsozialdemokratische Kreise sich ähnlicher Mittel bedienen würden wie dieses, dann würde die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftspresse kein Zusammenspiel befreie und dieselbe dem Betrieb nicht genug darüber loszubauen wissen. Nirgends wird zwischen Theorie und Praxis so sehr unterschieden, als bei den „Genossen“. Die Chemnitzer christlich-national gesinnten Arbeiter sollen jedenfalls die Furcht sozialdemokratischen Terrorismus zu fühlen bekommen. Freiheit, die ich meine!

Gründliches Fiasko der diesjährigen Maifeier. Das Vortragengelingen des „Vorwärts“ und der sozialdemokratischen Provinzblätter über den „Weltfeiertag der Arbeit“ hat auf die „Genossen“ nur eine ganz schwache Wirkung ausgeübt. Die Maifeier verlieren zum Vergleich der Parteihorecher, die vom praktischen Leben wenig Ahnung haben, immer mehr an Bedeutung. Die „Genossen“ im Lande, vornehmlich die Gewerkschaftler, denken immer nüchterner und suchen mehr Rechnung zu halten mit den wirklichen Verhältnissen, die immer noch mächtiger sind, als die „Unentwegten“ in der Partei. Das grundliche Fiasko der diesjährigen Maifeier wurde auch in einer in diesen Tagen in Berlin abgehaltenen Branchenversammlung der Bergolde offen zugegeben. Es wurde vom Referenten festgestellt, daß der größte Teil der Kollegen den Beschluss der Vertrauensmännerversammlung, am 1. Mai zu feiern, durchbrochen hätte. „Ganze Betriebe seien stehen gelassen und vielleicht habe nur ein Teil gefeiert, der andere nicht.“ In der Diskussion wurde die Erhöhung für die geringe Beteiligung die wirtschaftliche Konjunktur ins Kreis geführt, andererseits wurde vorausgesprochen, daß viele „Genossen“ nur den Maifeier verabscheuen. In einem Gespräch kam es nicht. Diejenigen, die am 1. Mai nicht gefeiert haben, wurden damit bestellt, daß ihnen angegeben wurde, nun wenigstens die Extraarbeiten von 20 Pfennig zu leisten, damit die Unterstützungsgelder aufzutragen.

Auch auf der 7. Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, die vor 14 Tagen stattfand, wurde zugegeben, daß die Maifeier nicht mehr zieht. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß eine endgültige Regelung der Maifeierfrage erfolgen müsse und daß diese Regelung verhängnisweise war im Sinne eines Verzichts auf die Arbeitsruhe am 1. Mai erfolgen könnte. Gleich der erste Redner ließ in seinen Ausführungen durchblicken, daß innerhalb des Holzarbeiterverbandes die Beteiligung an der Maifeier erheblich zurückgegangen ist. Von anderer Seite wurde kurz und bündig erklärt: Die Form der Maifeier ist veraltet. Darüber hilft nichts hinweg. So größer eine Organisation wird, desto stärker ist ihr Verantwortungsgefühl. Die kleine Organisation kann mit ihrer Aktivität die ganze Welt erobern, die große Organisation erträgt die Zukunft nicht mehr, sondern erbaut sie in nächster Arbeit. Die Maifeier mit der Arbeitsruhe hatte ihre Zeit, jetzt ist sie der ständige Stand von Zertifikation, Berufsplattform, Stier und Knebel. Die Millionen der Arbeiter der Großindustrie können an die erstaunliche Durchführung der Maifeier nicht denken. Der Maifeiergedanke wird nicht untergehen, aber wir werden tunlich den 1. Mai nicht mehr als Demonstration begehen, sondern als Siegesfeier des Fortschritts der Arbeiterbewegung. Stimmen wir dem Nebeneinkommen von Parteidienst und Generalsekretariat nicht zu, sondern wirken wir auf dem Gewerkschaftskongress und dem nächsten internationalen Kongress dafür, daß die Gewerkschaften selbstständig werden.“ Mit noch größerer Einigkeit und Übereinstimmung erklärte ein anderer Redner: Die Maifeier ist unser Schwierigkeitspunkt geworden; mit banger Gefühlshaltung sehen wir jedem neuen 1. Mai entgegen. Der diesjährige Aufschluß des Parteidienstes und des Verbandes hat überall Entrüstung erzeugt. Es kam viel zu spät, als alles längst besiegelt war. Das Resultat der heraldischen Auseinandisungen zwischen Parteidienst und Generalsekretariat ist gleich Null. Wir können heute nicht mehr sagen, daß es Fortschritt ist, daß auf lange lange Weise Unterwerfung ausgetragen zu lassen. Gleichwohl wird nach diesen Auseinandisungen Unterstützung erst von der zweiten Seite ausgezahlt werden. Wir müssen endlich einmal mit dieser Maifeier tabula rasa machen. Dafür ein Ende mit Schieden, als dieser ewige Schieden.“ Die gleiche Auseinandersetzung fand durch die meisten Reden durch. „Sieger haben wir am 1. Mai den Unternehmern nur unsere Schwäche gezeigt.“ — „Die Arbeitgeber beginnen uns nun wieder zu verstehen; jede Maifeier bringt jetzt die Schafe großer Spanne mit sich.“ — „Die Männer der Partei haben, wenn und ehrlich für die Befreiung der Arbeitssklave einzutreten.“ Sehr gut, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, erklärte er ja als ideal geprägte Einheit der Maifeier von Parteidienst zum Enttäuschten gekommen, aber jetzt widerstreite es seinem Idealismus, daß es alljährliche Feind in den Werkstätten mit empfange. Mehr als 150000 Pf. habe die beständige Maifeier gebracht. Das Geld ist nicht zum Nutzen des Verbandes gegeben. Mit dem heutigen Zustand sei niemand zufrieden. Darum trete er offen für die Befreiung der Arbeitskluft ein. Was werden Bebel, Kauch, Luxemburg und andere dazu sagen.

Beachtung zunächst derjenigen Gruppe von Staaten, mit denen wir Tarifverträge abgeschlossen haben, ferner der Länder, mit denen wir nur auf dem Fuße der Meistbegünstigung leben, und endlich derjenigen Staaten, die mit uns überhaupt nicht in einem Vertragsverhältnis stehen. Zu unseren Tarifvertragsstaaten gehören u. a. Österreich-Ungarn, Russland, Schweiz, Belgien, Italien, Schweden, Rumänien, Serbien, zu den Meistbegünstigungsstaaten die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Britisch-Indien, Japan, im vorliegenden Sinne auch Großbritannien — zu den Staaten ohne Handelsverträge mit Deutschland u. a. Brasilien, China, Portugal, auch Kanada. Es betrug der Wert unserer Ausfuhr

1905 1906 1907
(Millionen Mark)

nach unseren Tarifvertragsstaaten	2031	2343	2604
Meistbegünstigte Staaten	3426	3723	3914
den Staaten ohne Handelsverträge	275	293	333
Sonach ist von 1905 auf 1907 die deutsche Ausfuhr gewachsen:	573 Mill. Mark	= 28 v. p.	
nach den Tarifvertragsstaaten um			
nach den Meistbegünstigungsstaaten	488	"	= 14 "
nach den vertraglosen Staaten um	58	"	= 22

Um einzelne Länder noch besonders hervorzuheben, so hat unsere Ausfuhr nach Österreich-Ungarn sich seit 1905 von 580 Millionen auf 717 Millionen Mark und diejenige nach Russland von 346 auf 438 Millionen Mark gehoben; die Ausfuhr nach der Schweiz ist von 359 auf 446 Millionen, diejenige nach Italien von 164 auf 303 Millionen, diejenige nach Rumänien von 44 auf 69 Millionen, diejenige nach Serbien von 6 auf 14 Millionen Mark gestiegen.

Briefkasten.

Mit Rücksicht auf den Pfingstfeiertag mußte bereits Samstag Redaktionsschluß gemacht werden. Mehrere zu spät eingegangene Beiträge mußten darum liegen bleiben. Auch für die nächste Nummer muß bereits Samstagabend die Redaktion geschlossen werden.

Versammlungskalender.

Borkum. 14. Juni, 11 Uhr, bei Wanders, „im Stern.“			
Witten. 14. Juni, 11 Uhr Büchertisch, 11½ Uhr			
Verbindung			
Wohldorf. 14. Juni, 5 Uhr, bei Rotenburg.			
Wehenburg. 20. Juni, 8½ Uhr, bei Walter Moll.			
Blumenberg. 18. Juni (Frohleidnam) 6 Uhr, bei J. Nienh. Referent: Wittenb.			
Bramsche. 14. Juni, 5 Uhr, vor dem Berge.			
Delmenhorst. 14. Juni, 4 Uhr, bei G. Kolle, Generalb.			
Dahlhausen (Bupper). 14. Juni, 1½ Uhr, bei Gustav Mayer Sitzung des Vorstandes, der Vertrauensmänner und Ausschusseskommission.			
Ebendorf. 20. Juni, 8½ Uhr, bei Gerkenrath, Kloßbahn.			
Epe i. Westf. 21. Juni, 11½ Uhr, Büchertisch.			
Greven. 21. Juni, 11½ Uhr, bei W. Winninghoff, außerordentliche Generalversammlung.			
Gronau. 21. Juni, 11½ Uhr, bei W. Winninghoff, außerordentliche Generalversammlung bei Borlinghaus.			
Leuth b. Kalbenkirchen. 14. Juni, 6 Uhr bei Al. Honken.			
Moers. 13. Juni, 8 Uhr, bei H. Lippmann Generalversammlung.			
Neuenkirchen. 14. Juni, 11½ Uhr, bei E. Järling, Aussch. Vertrauensleute und Vorstanderversammlung, daran anschließend Diskussionsrunde.			
Neuwert. 13. Juni, 9 Uhr, bei Peter Hoppenkamp (Damm) Generalversammlung.			
Ochtrup. 16. Juni, 8 Uhr, bei W. Roh Vorstandssitzung.			
— 21. Juni, 5½ Uhr, bei Frau W. Fischer.			
Stadtlohn. 16. Juni, 1½ Uhr, im Lokale des Arbeitervereins, Generalversammlung.			
Süchtern. 14. Juni, 11 Uhr, bei H. Schmidt (Königsburg) außerordentliche Generalversammlung.			
Bieren. 14. Juni, 11½ Uhr, bei Frau W. Stärken.			
M.-Gladbach-Lürrup. Gewerkschaftskonsumverein „Einigkeit“. Samstag, den 20. Juni, abends 9 Uhr, bei Heinrich Baues Generalversammlung. T.O.: 1) Geschäftsbereich. 2) Änderungen der §§ 17, 26 und 37 des Statuts. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet der Aufsichtsrat.	160 Mr.	3. V. Gotts. Strunk, Vorsitzender.	

Litterarisches.

Achtung! Mitglieder! Achtung! Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiter-Organisationen unter besonderer Berücksichtigung der seit dem Jahre 1900 abgehaltenen Berufs-Konferenzen und Kongresse. Herausgegeben von der Leitung der Internationalen Vereinigung christl. Textilarbeiterorganisationen (C. M. Schiffer-Düsseldorf). Preis 40 Pf. 162 Seiten stark.

Das Werk ist gerade jetzt um so wertvoller, als eine allgemeine internationale christl. Gewerkschaftskonferenz (Juli 1908) bevorsteht.

Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Christl. Gewerkschaften und die Frage ihrer internationalen Verbindungen; Statistisches über die christl. Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern; Die internationalen Beziehungen der christl. Textilarbeiter, ihre Konferenzen und Kongresse in den Jahren 1900, 1901, 1902, 1903, 1905, 1907; Der Kartellvertrag der christl. Textilarbeiterverbände; Der allgemeine internationale Textilarbeiterkongress 1902 in Brixen usw. usw.

Zu beziehen durch: 1) Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands Düsseldorf 51, Kornmarkt 66, 2) Christlicher Gewerkschaftsverlag (A. Steigerwald, Köln, Palmarstr. 14).

Diese Broschüre empfehlen wir dringend allen Mitgliedern zur Auffassung. Die Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder etc., welche sich um den Verkauf bemühen, erhalten pro Exemplar eine Provision von 5 Pf.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Die Zunahme hat also seit 1905 über 1100 Millionen beträgt und sogar vor 1906 zu 1907 noch fast 500 Millionen Mark, trotz der zweifellos sehr erheblichen Rückkehr, da in den ersten Monaten des Jahres 1906 wegen der mit dem 1. März d. eingetretener Zollabschaffungen noch vielen Auslandserwerben zurückgegangen.

Soll nun die unmittelbare Wirkung des Handelskriegs bemüht, so heißt es der gesonderten